
ich-bin-sauarm-Preis: €0,50
mir-geht-es-nicht-schlecht-Preis: €1
meine-Eltern-haben-Mercedes-Aktien-Preis: €100
REVOLUTION
kommunistische Jugendorganisation ★ Nummer 20
ArbeiterInnen und Erwerbslose,
SchülerInnen und Studierende,
Jugendliche und RenterInnen...
Alle zusammen!
gegen Sozialabbau
www.revolution.de.com

Mobilize

Samstag, 21. Oktober
DGB-Kundgebung: „Das geht besser!"
13 Uhr, Brandenburger Tor
Demo: „Das geht nur ganz anders!"
(Demo läuft zur DGB-Kundgebung)
11 Uhr, Alexanderplatz

Samstag, 21. Oktober
fette After-Demo-Party mit
DJ Lew Davidowitsch (Odessa) vs.
DJ Ramón Mercader (Barcelona)
21 Uhr, Rote Insel, Mansteinstr. 10, U-Bhf Yorckstr.

Samstag, 28. Oktober
Naziaufmarsch in Göttingen verhindern!
☛ www.puk.de/ali

Samstag, 28. Oktober
Naziaufmarsch in Celle verhindern!
☛ www.kein-naziaufmarsch.tk

11.-12. November
Aktionskonferenz gegen die G8 in Rostock
☛ www.heiligendamm2007.de

Café Rojo

Das rote Jugendcafé in Schöneberg/Kreuzberg
★ jeden Freitag um 17 Uhr in der Roten Insel ★
Mansteinstr. 10 ★ U+S-Bhf Yorckstraße

27.10.: Ungarn 1956
Vor 50 Jahren gab es in Ungarn einen Aufstand gegen den Stalinismus – die Geschichte

3.11.: Castor-Transporte
Transporte von Atommüll rufen immer wieder heftige Proteste hervor – wie sehen sie aus?

10.11.: Hiphop
Es begann als eine Protestkultur der Schwarzen in den USA – was bedeutet Hiphop heute?

17.11.: Das Leben des Brian
„Volksfront von Judäa" vs. „Judäische Volksfront" Wie die Zersplitterung der Linken überwinden?

24.11.: Chile 1973
Der Militärputsch gegen Salvador Allende am 11. September 1973 – war er zu verhindern?

Änderungen vorbehalten!

☛ www.caferojo.de.vu

Ein paar Worte vom Layouter...

Nach dem Schülerstreik gibt es wieder „REVOLUTION". Unsere Gruppe hat in letzter Zeit sehr viel Action gemacht, aber wir wollen die Politik nicht zu kurz kommen lassen.

Einige Artikel – über den Militärputsch in Thailand oder über den Aufstand in Oaxaca/Mexiko, wo die Oma auf der Titelseite herkommt – konnten aus Platzgründen nicht gedruckt werden. Schaut einfach auf unsere (neue!) Homepage.

Berlin, 16. Oktober 2006

Liebe Revo...

www.revolution.de.com

Unsere neue Internetadresse ist kurz, elegant und leicht zu merken. Dennoch haben wir die alte Adresse (www.onesolutionrevolution.de) nicht freiwillig aufgegeben.

Sie ist uns von unserer ehemaligen Mutterorganisation, der GAM, geklaut worden. Die GAM war schon immer Inhaber dieser Domain im bürgerlich-rechtlichen Sinne. Aber sie gehörte unserer Gruppe in dem Sinne, dass wir seit Jahren über diese Website arbeiteten.

Die GAM fordert seit längerer Zeit, dass wir uns ihrer kleinen Gruppe bzw. ihrer Fraktion in unserer internationalen Organisation unterordnen. Unsere Website wollten sie uns nur dann freigeben.

Statt uns auf diese Erpressung einzulassen, haben wir freiwillig zu einer neuen Adresse gewechselt.

Artikel geht weiter auf www.revolution.de.com

Ist doch super!

Ich freue mich, dass die Leute von REVOLUTION sich von ihrer freakigen Mutterorganisation getrennt haben. REVOLUTION (in Berlin) hat sich in den letzten zwei Jahren zu einer anerkannten und vernünftig arbeitenden Jugendgruppe entwickelt. Gerade der Schulstreik am 13.9. hat mal wieder gezeigt, dass Mensch mit dieser Gruppe vernünftig und ohne Instrumentalisierung zusammenarbeiten kann, was mit den ganzen anderen Trotzki-Sekten (SAV/Linksruck/Spartakist) leider nicht möglich ist. REVOLUTION ist eine Bereicherung für die sehr auf Antifa-Arbeit fixierte Berliner Szene, auch wenn die Starbucks-Anti-Mauer Aktion peinlich war. Emanzipiert euch von euren Kadern, und am Besten machen das die ganzen (schein)unabhängigen Solid-Mitglieder, die der Linkspartei im Arsch kleben, gleich mit.

http://de.indymedia.org/2006/10/158341.shtml

Antirassismus-Demo in St.Gallen

Am Samstag, den 2. September, wurde in St. Gallen gegen das neue Asyl- und Ausländergesetz demonstriert. Anlass war die kommende Abstimmung am 24. September. Dieses Gesetz ist ein Ausdruck für staatlichen Rassismus und die Akzeptanz von Rassismus in unserer Gesellschaft. An der Demonstration nahmen ungefähr 900 Personen teil. REVOLUTION war mit ca. 25 Jugendlichen vertreten. Wir bildeten einen lautstarken Block, der mit zahlreichen Fahnen und Transparenten auf sich aufmerksam machte. Es wurden Losungen wie „Hoch die internationale Solidarität", „Ausländer bleiben – Nazis



vertreiben" oder „One Solution – REVOLUTION" gerufen. Während der Demonstration verhielt sich die Polizei deeskalierend, weswegen es zu keinen Ausschreitungen kam.

Auf ihrem Nachhauseweg wurden drei REVOLUTION-AktivistInnen von der Polizei angehalten und ihre Personalien erfasst. Auf die Frage, was diesen Zwischenfall verursacht habe, antwortete die Polizei, es handle sich um eine reine Routinekontrolle. Einem empörten Passanten gaben sie zur Auskunft, dass sie diese Aktivisten mit „verdächtigem Material" angetroffen hätten. Die St. Galler Polizei muss sich wohl erst an den Anblick von kämpferischen Fahnen, Transparenten und Trommeln gewöhnen! Einem Aktivisten, der für die Demonstration aus Wien angereist war, drohten sie mit rechtlichen Konsequenzen, da für Ausländer politische Aktivität in der Schweiz angeblich verboten ist. Das ist natürlich absoluter Blödsinn und entbehrt jeder gesetzlichen Grundlage. Die ganze Aktion war ausschließlich der Einschüchterung gedacht. Wir werden uns jedenfalls davon nicht abhalten lassen und uns weiterhin gegen jede Form von Rassismus, Sozialabbau oder andere Auswüchse de Kapitalismus einsetzen.

REVOLUTION Schweiz | www.revo.ch.tc

Gegen Tony Blair in Manchester

Am Samstag, 23. September, demonstrierten 60.000 Menschen gegen den jährlichen Parteitag der Labour Party in Manchester.

Die Demonstration wurde als radikal gepriesen von der Socialist Workers' Party (SWP, Schwesterorganisation von Linksruck) – die versprochene "militante Aktion" stellte sich als 5minutige Sitzblockade von allen 60.000 Menschen auf der Demonstration heraus. Obwohl das beeindruckend ist, zeigt es nur die potentielle Stärke der Demonstration, wenn sie geschlossen handelt. Leider macht es nur klar, wie die Reformisten und Zentristen uns zurückhalten, die uns die Muskeln spielen lassen aber gleichzeitig irgendeine Organisierung von wirklicher direkter Aktion gegen die fortdauernden Militäroffensiven im Nahen Osten verhindern.

Wir dürfen nicht vergessen, dass diese Parteien die Antikriegsbewegung demobilisiert haben, in dem sie die Tausende DemonstrantInnen dazu aufriefen, nach Hause zu gehen und sich auf die nächste Kundgebung vorzubereiten, anstatt Streiks in jeder Schule und in jedem Betrieb zu organisieren, um die Kriegsvorbereitungen aktiv und physisch zu blockieren.

Rund 70 DemonstrantInnen gingen zusammen mit REVOLUTION UK und Workers Power (britische Sektion der LFI, inoffizielle Mutterorganisation von Revo). Die zwei Blöcke waren kaum auseinander zu halten, die meisten Revos waren gleichzeitig in der LFI. Es gab nur fünf unabhängige Revos – die Gesamtzahl unabhängiger, aktiver Mitglieder von REVO UK!

Doch der Block war lebendig und laut, rote Fahnen wehten und antiimperialistische Sprüche wurden gerufen, hinter einem beeindruckenden Banner „Irak-Afghanistan-Palästina- Libanon – Sieg dem Wiederstand!".

von Sam C, REVOLUTION Newcastle (UK)

Alle zusammen!

Tous ensemble! Mit der Regierung französisch reden! Auf zum Jugendblock am 21. Oktober!

In Frankreich haben die Jugendlichen aus Uni, Schule und Betrieb gemeinsam gezeigt, dass Verschlechterungen und Angriffe auch verhindert werden können und schon beschlossene „Reformen“ zurückgenommen werden können. Keine Wahlpartei und keine Gewerkschaftsführung alleine wird aber unsere Probleme lösen. Nur durch den Druck auf der Straße, in den Schulen und Betrieben können die PolitikerInnen dazu gezwungen werden. Der Streik von 10.000 SchülerInnen in Berlin am 13.9.2006 war dazu ein erster Auftakt, der gezeigt hat, dass auch in Berlin viele unzufrieden sind und Widerstand möglich.

Streiks an Unis und Schulen alleine, kosten die Herrschenden keinen Cent. Um zu gewinnen, muss gemeinsam mit den Arbeitenden gekämpft werden, denn wenn Azubis und Arbeitende streiken, tut es denen da oben weh. Ein gemeinsamer Kampf soll keine Einbahnstraße sein. Die Demonstration der sozialen Bewegung und der Gewerkschaften am 21.Oktober sind eine erste Gelegenheit, die Arbeitenden und ihre Probleme kennenzulernen und ihnen im lautstark die Forderungen junger Menschen vorzustellen.

Daher rufen wir alle Jugendlichen egal ob SchülerIn, Hartz-EmpfängerIn, Studi oder Azubi auf, am 21.Oktober mit uns auf der Demonstration einen **Jugendblock** zu bilden. Wir fordern für ein selbstbestimmtes Leben in Würde:

- ✪ Wiederherstellung der Lernmittelfreiheit! – Keinen Euro mehr für Schulbücher
- ✪ Ende des Unterrichtsausfalls und Entlastung der LehrerInnen durch Neueinstellungen
- ✪ 5 Stunden weniger Unterricht für LehrerInnen
- ✪ Schluss mit Schulschließungen
- ✪ Keine Studiengebühren oder Studienkonten.
- ✪ Kostenfreier Unizugang und genug Bafög zum Leben für Alle.
- ✪ Ausbildungsplätze für Alle mit Löhnen von denen man selbstständig leben kann.
- ✪ Rücknahme der Hartz-Gesetze: Für das Recht auf eine eigene Wohnung!

Wir alle sind betroffen: In der Schule...

In Berlin wird an den Schulen gespart bis es knirscht: Seit 2003 müssen SchülerInnen 100 Euro pro Jahr für Schulbücher ausgeben. LehrerInnen müssen mehr Stunden geben und die Unterrichtsausfälle steigen, weil zuwenig eingestellt wird. Sinkende SchülerInnenzahlen werden vom SPD/PDS-Senat nicht dazu genutzt, Klassengrößen zu senken und Lernen damit für SchülerInnen und LehrerInnen einfacher zu machen. Im Gegenteil: Schulen wurden geschlossen und zusammengelegt. Während die PISA-Studie gezeigt hat, wie wichtig gute schulische Bildung gerade für sozial Benachteiligte ist, wird in Berlin lieber Elite gefördert.

... nach der Schule in der Ausbildung...

Und nach der Schule? In Berlin allein haben dieses Jahr 10.000 Jugendliche keinen Ausbildungsplatz gefunden. An Hauptschulen finden oft nur wenige AbgängerInnen aus einem Jahrgang einen Ausbildungsplatz. Ohne Perspektiven im Leben, macht die Schule keinen Sinn. Der Berliner Senat aber tut nichts um die Situation zu verbessern. Im Gegenteil: Mit der Schließung des Jugendaufbauwerks fallen weitere Ausbildungsplätze weg. Auch im Öffentlichen Dienst oder bei der BVG haben Jugendliche nur selten eine Chance auf Übernahme nach der Ausbildung. Wer eine Stelle gefunden hat, ist oft so froh, dass er auch für ein besseres Taschengeld arbeitet.

... in der Hochschule...

Ein gutes Viertel aller Jugendlichen versucht sein Glück im Wettbewerb aller gegen alle mit einem Studium. Noch ist unklar, ob auch in Berlin durch Studienkonten oder Studiengebühren die Hochschulen noch mehr ein Reservat für Kinder reicher Eltern werden soll. Schon heute schrecken viele junge Menschen vor einem Studium zurück, weil es bereits ohne Gebühren zehntausende Euros kostet. Jeder Versuch die Uni noch teurer zu machen, wird weiteren Menschen diese Chance verbauen... und die Situation auf dem Ausbildungsmarkt verschärfen.

... oder wenn wir nichts gefunden haben.

Nach der letzten Verschärfung der Arbeiitsmarkt„reform“ Hartz IV müssen arbeitslose Jugendliche jetzt bis 25 bei ihren Eltern wohnen. JedeR kann sich vorstellen, was für eine tolle Stimmung wohl in der Bude herrscht, wenn Jugendliche ohne Hoffnung auf Eltern voller Vorwürfe treffen.

Bündnis für Freie Bildung – gegen Studiengebühren

SchülerInnenbündnis „Bildungsblockaden einreißen!“

Schülerstreik in Dresden

Der Berliner Schulstreik macht Schule: auch in der sächsischen Hauptstadt gab‘s Proteste

Etwa tausend GymnasiastInnen haben am 29. September vor dem sächsischen Landtag in Dresden gegen die geplante Oberstufenreform demonstriert. Der Stadtschülerrat Dresden hatte aufgerufen, während einer von der Linksfraktion beantragten Anhörung im Schulausschuß lautstark gegen das Vorhaben von Kultusminister Steffen Flath (CDU) zu protestieren.

Flath plant, in der gymnasialen Oberstufe die Wahlfreiheit zwischen verschiedenen Fächern stark einzuschränken. Als Leistungskurse gäbe es nur noch Deutsch, Mathemathik und Fremdsprachen – Biologie, Chemie, Kunst u. a. wären nicht mehr im Angebot. Außerdem würde sich die Wochenschulzeit auf 35 bis 40 Stunden erhöhen. Die Hauptforderung der Demonstration war die Beibehaltung des Kurssystems. Die OberstufenschülerInnen wollen nicht in einheitliche Klassenverbände gepackt werden.

Ob man die Reform verhindern kann? „Ich glaube nicht“, meinte eine 14jährige, die erst morgens vor dem Schultor von der geplanten Protestaktion erfahren hatte. „Aber einen Versuch ist es wert.“ Der Stadtschülerrat mobilisierte seit etwa zwei Wochen für die Demonstration und verteilte 5000 Flyer. „Heute zeigen wir die gelbe Karte für Flath“, rief ein Schülerratsvertreter. „Es ist seine letzte Chance!“



„Wir müssen mit der Regierung französisch reden!“ rief ein Vertreter der Schülerinitiative „Bildungsblockaden einreißen!“ aus Berlin, die gut zwei Wochen vorher einen Schülerstreik mit 8000 Teilnehmern organisiert hat. „Das bedeutet nicht, daß wir unsere Forderung en francais abgeben müssen. Es bedeutet, daß SchülerInnen, StudentInnen, ArbeiterInnen, Arbeitslose, MigrantInnen alle mit einer Stimme reden.“

Die SchülerInnen stellten sich an die Absperrgitter direkt vor dem Landtag, ein bißchen Müll flog in Richtung Eingang. Rufe wie „Flath, komm raus!“ wurden immer lauter. Aber auf dem Platz sind Kundgebungen verboten. Die Polizei drohte den DemonstrationsanmelderInnen mit Tausenden Euro Bußgeld, bis sie die Versammlung für aufgelöst erklärten.

Trotzdem blieben Hunderte Jugendliche sitzen und riefen: „Wir bleiben hier.“ Gegen zwölf Uhr kamen mehrere Abgeordnete der Linkspartei.PDS auf den Platz, um mit den SchülerInnen zu reden, die neben der Ablehnung der Schulreform auch kleinere Klassen, besser bezahlte LehrerInnen und ein einheitliches, bundesweites Schulgesetz forderten. „Danke, daß ihr die Stellung haltet“, sagte Cornelia Falken, bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion, den GymnasiastInnen per Megaphon. Sie hätte einen Antrag auf eine Auszeit im Ausschuß gestellt, damit alle Abgeordnete mit den SchülerInnen reden könnten. Dieser Antrag sei jedoch abgelehnt worden.

von Wladek aus Kreuzberg

Klassen-Kampf

Gegen den Bildungsnotstand in der Hauptstadt traten etwa 10.000 SchülerInnen in den Streik

Noch am Abend vor dem Schülerstreik gingen die OrganisatorInnen davon aus, dass 1.000 bis 2.000 SchülerInnen sich beteiligen würden. Doch am Mittwoch, den 13.9., um 10 Uhr versammelten sich rund 10.000 SchülerInnen aus ganz Berlin vor dem Roten Rathaus, um gegen Bildungsabbau zu demonstrieren.

Von dort aus ging eine lautstarke Demonstration in einem Kreis durch die Innenstadt. *„Wir sind hier, wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!"* – diese Parole, die 1000fach skandiert wurde, beschrieb die Protestaktion ganz gut. Die SchülerInnen forderten aber nicht nur *„Bildung für alle, und zwar umsonst!"*, sondern stellten sich konkret gegen die Streichung der Lernmittelfreiheit, Stundenausfall und Lehrermangel, sowie gegen die drohende Einführung von Studiengebühren.



Die Mobilisierung lief trotz unzähliger Repressionsmaßnahmen durch die Schulleitungen und -behörden. Streikwilligen SchülerInnen wurde mit unentschuldigten Fehltagen, Tadeln, Nachsitzen, ja sogar mit dem Abschliessen der Klassenzimmer gedroht. An der Schiller-Oberschule in Charlottenburg wurde die neuste Ausgabe der Schülerzeitung verboten, weil sie zum Streik aufrief.

Auch vor Verleumdungen schreckten die Schulleitungen nicht zurück: so hieß es von der Schulleitung des Carl-von-Ossietzky-Gymnasiums in Pankow, den Flugblättern der Schülerinitiative seien „keine erkennbaren Forderungen zu entnehmen". Überhaupt wurde behauptet, dass es sich bei dieser angemeldeten politischen Demonstration „nicht um eine legale Handlung handelt". Am Tag der Demonstration behaupteten oder implizierten verschiedene Schulleitungen, die Schülerdemo sei von Rechtsradikalen organisiert.

Stimmen von oben...
Sich durch eine Demo während der Unterrichtszeit das Recht auf Bildung zu nehmen, ist paradox. Es deutet auf den Wahlkampf-Charakter der Veranstaltung hin.
Jens Stiller, Pressesprecher der Senatsverwaltung für Bildung

Doch solche Drohungen konnten den Streik nicht aufhalten. Die Losung auf einem gelben Transparent brachte es auf den Punkt: *„Was ist ein Fehltag gegen unsere Zukunft?"*

Die Mobilisierung

Die Mobilisierung lief über spontan gebildete Strukturen an den Schulen. An vielen Schulen bildeten sich Streikkomitees, die die Mobilisierung vor Ort organisierten. Nur so erklärt sich der große Erfolg des Streiks: die Selbstorganisierung der SchülerInnen [sie Kasten].

So nahm ein Vertreter von REVOLUTION an einer Schülerversammlung am Coppi-Gymnasium in Lichtenberg teil. Die beantragte Schülerversammlung wurde untersagt, und so wurden die SchülerInnen in der Pause auf dem Hof versammelt. Alex aus der 12. Klasse sprang auf die Tischtennisplatte und rief den über hundert interessierten SchülerInnen zu: „Es geht uns nicht darum, die Schule zu schwänzen. Wir wollen zeigen, dass wir die Kürzungen an unseren Schulen nicht mehr hinnehmen werden!" Der Revo-Aktivst erklärte, am Beispiel der Jugendproteste in Frankreich, dass Jugendproteste durchaus Wirkung haben können.

Am Streiktag gab es mehrere Spontandemos von verschiedenen Bezirken zum Alex. Vom U-Bhf Eberswalder Straße liefen SchülerInnen aus Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee die Kastanienallee herunter – fast 800 waren dabei. Auch vom Kottbusser Tor kam eine Zufuhrdemo mit sehr vielen Haupt- und RealschülerInnen aus den Bezirken Kreuzberg und Neukölln.

In den Wochen vor dem Streik wurde innerhalb des Bündnisses die Angst geäußert, dass der Ausstand zu einer „reinen Gymnasiastenveranstaltung" werden könnte – tatsächlich waren fast alle AktivistInnen GymnasialschülerInnen (bzw. ehemalige). Dass einige StreikaktivistInnen geschwänzt haben und tagelang durch Haupt- und Realschulen gezogen sind, um dort für den Streik zu werben, hat offenbar Wirkung gezeigt.

Die Haupt- und Realschulen

Zu den Forderungen des Bündnisses gehörte eben die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems. Viele GymnasiastInnen, die sich im allgemein gegen Bildungsabbau ausgesprochen haben, wandten sich entschieden gegen diese Forderung – auch Schulleitungen haben die Schülerinitiative so darstellt, als wollten sie „das Gymnasium abschaffen und euch alle auf die Hauptschule schicken", um SchülerInnen vom Streik abzuhalten.

Doch auf der Demonstration selbst konnte das gemeinsame Interesse aller SchülerInnen an der Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems gezeigt werden. Diese Überwindung tiefgehender Spaltungen war etwas wirklich Wunderbares an der Aktion: denn der Kapitalismus kann den zukünftigen BildungsbürgerInnen vom Gymnasium eine gewisse Integration anbieten – für HauptschülerInnen kann das System weder einen Ausbildungsplatz noch einen Job noch überhaupt eine Perspektive vorweisen. Wenn diese sich zu organisieren beginnen, ist das für die Herrschenden wirklich gefährlich.

Die Demonstration

Die Demonstration lief zwei Stunden durch den Bezirk Mitte – die Sonne schien und die Stimmung war sehr kämpferisch. Zwischendurch gab es drei Festnahmen, weil SchülerInnen die Wahlplakate der rechtsextremen NPD (aber auch von Parteien, die direkt für Bildungsabbau verantwortlich sind) entfernt haben.

Stimmen von unten...
Wir haben gezeigt, dass wir den Schulbetrieb lahmlegen können. Wenn wir mit den ArbeiterInnen zusammen kämpfen, könnnen wir diese gesamte Stadt lahmlegen!
Jakob, Sprecher des Streikkomitees an der John-Lennon-Schule

Der Demozug kam wieder an dem Roten Rathaus an, wo es Auftritte vom trotzkistischen MC aus Hamburg Holger Burner und der Latinska-Band aus Berlin Juanimashi sowie eine Solidaritätsdelegation der streikenden ArbeiterInnen an der Charité gab. Gegen 17 Uhr stellte die Polizei willkürlich fest, dass die Kundgebung keine politische Veranstaltung sei – und das trotz der vielen Redebeiträge, Transparente, Schilder, usw. *„Sie wollen unsere Forderungen nicht hören, deshalb tun sie so, als hätten wir keine!"* rief ein Organisator aus Protest. Doch als die Polizei mit der gewaltsamen Auflösung der Demo drohte – die berühmtberüchtigten Prügeleinheiten 22 und 23 standen schon bereit –, musste der groß angekündigte Auftritt der Skaband Tiefenrausch abgesagt werden.

Danach wurde versucht, eine Spontandemo gegen diese Einschränkung des Demonstrationsrechts an der Weltzeituhr durchzuführen. Die Versammlung mit 70 Personen wurde mit äußerster Brutalität von der Polizei aufgelöst.

von Wladek aus Kreuzberg

f in Berlin-Mitte

Wie konnte das passieren?!?

Die Größe des Schülerstreiks hat die Polizei genauso überrascht wie die Schülerinitiative. Also wie kam es dazu?

Der Aufruf zum Streik wurde von der Schülerinitiative „Bildungsblockaden einreißen" aufgestellt, zu der ['solid], JugenddemokratInnen/Junge Linke, Jugend-Antia Berlin, REVOLUTION und vor allem sehr viele unorganisierte SchülerInnen gehörten.

Am Tag vor dem Streik wurde der „Landesschulsprecher von Berlin", Jan Hambura, in einer großen Berliner Tageszeitung zitiert: er unterstütze den Streik nicht, weil „kommunistische Gruppen dahinter stecken." *

Tatsächlich haben AktivistInnen von der unabhängigen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION seit Monaten in der Initiative mitgearbeitet. Revo-Leute haben die Demonstration mitorganisiert, Pressemitteilungen und Flyer geschrieben, Interviews gegeben und Reden gehalten usw.

Auf der Demonstration selbst war REVOLUTION mit einem beliebten Transparent dabei ("Klassen-Kampf") und hielten bei der Auftaktskundgebung die erste Rede, in der sie von Schülerproteste in anderen Ländern wie Frankreich, Chile und den USA berichteten.

Die Parteien

Bildungsenator Böger versuchte noch die riesige Protestaktion als „Wahlkampfveranstaltung" zu denunzieren. Es war aber nicht klar, für welche Partei der Wahlkampf gemacht wurde. Viele AktivistInnen vom Linkspartei-nahen Jugendverband ['solid] waren dabei, aber der Streik richtete sich eindeutig gegen eine Regierung, an der die Linkspartei beteiligt ist.

Im Nachhinein haben alle Parteien – von der Linkspartei bis zur CDU – versucht, die Proteste zu loben und damit zu instrumentalisieren. So nannte mancher CDUler eine Aktion, die die Abschaffung des dreigliedrigens Schulsystems (der heiligen Kuh der Konservativen!) forderte, „eine Supersache"! Doch die Tatsache, dass die SchülerInnen auf die Straße gegangen sind, zeigt, dass sie keine Lösungen ihrer Probleme von irgendeiner Partei im Abgeordnetenhaus erwarten.

Bürgermeister Klaus Wowereit, der sich angeblich auch über das Engagement der SchülerInnen freute, wurde vor dem Roten Rathaus von der Schülerdemo entdeckt und musste fliehen, als Hunderte SchülerInnen auf die Absperrgitter zurannten und ihm Parolen zuriefen.

Die überraschend hohe Beteiligung macht klar, was für eine große Unzufriedenheit in Berlins Schulen herrscht. Doch diese Unzufriedenheit muss mit einer politischen Perspektive verbunden werden. Wie REVOLUTION in einem Flugblatt auf der Demo klar gemacht hat: „Der Streik ist nicht das Ende – er ist gerade der Anfang."

Die Schülerproteste müssen nicht nur weitergeführt, sondern mit anderen Kämpfen gegen Sozialabbau verbunden werden. In diesem Sinne haben AktivistInnen von REVOLUTION Solidaritäts-Delegationen organisiert für den Streik der PflegerInnen an der Charité sowie für die Demonstration der LehrerInnen für Arbeitszeitverkürzung am Tag nach dem Streik. Denn nur wenn alle vom Sozialabbau Betroffene gemeinsam auf die Straße gehen, können wir unsere Forderungen durchsetzen.

Die Organisierung

Die Ablehnung der Proteste durch den offiziellen Landesschülerausschuss und die beschränkte Handlungsfähigkeit der Landesschülervertretung machen klar, dass Berliner SchülerInnen besser organisiert werden müssen. Nicht das Vertrauen in irgendeiner Partei, sondern die Organisierung der Basis kann dem Sozialabbau-Programm der Berliner Regierung Paroli bieten – deshalb haben wir ständig daran gearbeitet, dass die aktiven SchülerInnen sich organisierenund vernetzen.

So veranstalteten wir eine Aktionskonferenz am Sonntag vor dem Streik, an dem rund 70 AktivistInnen aus über 20 Schulen teilnahmen. Die offiziellen, staatlich anerkannten Schülervertretungen (auch Bezirkschülerausschüsse usw.) blieben mit wenigen Ausnahmen inaktiv, und die Unterstützung durch die Gewerkschaften oder die linken Parteien war ziemlich spärlich.

Nur durch die eigenständige Aktivität der SchülerInnen an der Basis – die angeblich so unpolitisch sind –, konnte der Streik zu Stande kommen.

Deshalb sind Schritte hin zu einer unabhängigen Schülergewerkschaft oder einer ähnlichen Organisation für die kommenden Monate möglich und nötig.

Aber letztendlich braucht man eine revolutionäre, antikapitalistische Perspektive, um den Kampf gegen Bildungsabbau siegreich zu führen. Man muss die von den Herrschenden erzwungenen defensiven Kämpfe zu einem offensiven Kampf gegen die Herrschenden verbinden. Um in diese Richtung zu arbeiten, brauchen wir keine „Jungpartei", die einer der Parteien im Abgeordnetenhaus untergeordnet ist und zwischendurch ein bisschen linke Kritik übt – wir brauchen eine revolutionäre Jugendbewegung, die jeden Sachzwang der kapitalistischen Gesellschaft ablehnt, eine sozialistische Gesellschaftsordnung anstrebt und entsprechende Kämpfe anzustoßen und auszuweiten versucht.

Die Schule, wie wir sie kennen, die repressive Lernfabrik, ist Bestandteil der kapitalistischen Gesellschaft. Nur durch die Abschaffung dieses Systems wird sich die Bildung wesentlich ändern. Wie SchülerInnen aus Pankow auf einem Transpi klar gemacht haben: *„Schulreform ohne Gesellschaftsreform ist ein Unding"* (Tucholsky).

* siehe "Schülerprotest gegen Lehrermangel", Tagesspiegel vom 13.9.06.. Hambura bestreitet er diese Aussage – er hätte sich nur persönlich von den kommunistischen Gruppen, die hinter dem Aufruf stehen, distanziert. Die Tatsache, dass er gar nicht Landesschülersprecher, sondern Vorstandsmitglied in der Landesschülervertretung ist, bekräftigt die Annahme, dass er falsch zitiert worden ist. Allerdings steht auch fest, dass er Mitglied der CDU ist und schon mal für die rechtsextreme „Junge Freiheit" geschrieben.

Das Wahlvolk spricht...

Über die Kommunalwahlen in Niedersachsen, die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpomme

Berliner Abgeordnetenhaus

Bei den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus hat sich gegenüber früheren Jahren nicht viel verändert.

Der große Wahlverlierer war die Linkspartei.PDS. Ihre Verluste in Prozentzahlen (von 22,6% auf 13,6%) machen das Ausmass des Debakels nicht ganz klar: die PDS verlor genau die Hälfte ihrer WählerInnen (von 360.000 auf 180.000). Wie hat sie das in nur fünf Jahren geschafft?

Die PDS und ihr Koalitionspartner SPD haben alles auf „Haushaltskonsolidierung", sprich auf Kürzungen, gesetzt. Um Berlins Schuldenberg, der im Wesentlichen durch korrupte Geschäfte früherer SPD-CDU-Regierungen angehäuft wurde, sollten die Armen der Stadt zahlen.

So gab es unter „rot-rot" Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerung im Öffentlichen Dienst. Und obwohl sich die PDS verbal gegen Privatisierung stellt, wurden unzählige Staatsbetriebe und kommunale Wohnungen verscherbelt. Die Einführung von Studiengebühren (genannt „Studienkonten") konnte nur durch die Besetzung der PDS-Zentrale und eine knappe Abstimmung auf ihrem Landesparteitag blockiert werden.

Nichtsdestotrotz wird dieser rosarote Loser in die neue Regierung geholt – die „rot-rote" Koalition soll es für weitere fünf Jahre geben, obwohl die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung und ein guter Teil der PDS-Basis dagegen ist. Die PDS spielte und spielt eine wichtige Rolle dabei, Protest gegen Sozialabbau einzudämmen. Menschen wählen die PDS, um gegen die wachsende Misere des kapitalistischen Systems zu protestieren – die Partei tut wiederum ihr Bestes, damit die Proteste dieser Menschen nicht über Wählen hinausgehen.

Wowereit prahlte damit, in den letzten fünf Jahren die PDS „entzaubert" zu haben. Er konnte seinen Koalitionspartner in alle Sparmassnahmen einbinden, womit die PDS den Anschein „sozialistisch" oder überhaupt „sozial" – oder überhaupt „alternativ" – verloren hat. Ihr linksreformistischer Zaubertrick, ein „sozial verwalteter Kapitalismus", ging in die Hose.

Es hieß aus dem einflussreichen Pankower Bezirksverband der SPD, man möchte vermeiden, „dass der Osten der Stadt in die Opposition geht". Im Klartext: Die (immer noch) Hunderttausende PDS-WählerInnen werden eher von sozialen Protesten fernbleiben, wenn „ihre" Partei den Sozialabbau mitgestaltet.

Links von der PDS trat eine neue politische Kraft an: die WASG. Diese Partei soll nächstes Jahr mit der PDS fusionieren. Aber der Berliner Landesverband trat eigenständig zu den Wahlen an, um gegen die Politik des „rot-roten" Senats zu protestieren. Sie bekam 3,1%, schaffte also die 5%-Hürde nicht.

In den Medien wurde die Berliner WASG als „linksradikal" dargestellt. Aber ihr Programm war kaum linker als das der PDS.

Mecklenburg-Vorpommern

„Vorpommern ist das Sibirien Deutschlands". So hieß es vor ein paar Jahren in einer Sendung des ZDF Magazin Panorama über Standtortschließungen der Bundeswehr.

Tatsächlich scheint Mecklenburg-Vorpommern ein fast schon trostloser Flecken Land zu sein. Die Einwohnerzahl ist seit der deutschen Einheit kontinuierlich durch Wegzug und Geburtenrückgang gesunken. Die Arbeitslosenquote liegt landesweit bei etwa 20%, und da sind FrührentnerInnen, „EineurojoberInnen" und Leute in Arbeitsamtprogrammen nicht mit eingerechnet.

Jahrelang war es die PDS, die als Stimme der sozial Benachteiligten galt. Bei der Landtagswahl 1998 wurde sie von jedem/r Vierten gewählt und wurde in einigen Kommunen im Laufe der Jahre sogar die stärkste Kraft, während CDU und SPD sich stets nur gegenseitig mit ihren Mehrheiten ablösten.

Mit der Bildung der „rot-roten" Koalition veränderte sich jedoch das Bild. Nicht, dass etwa die Koalition durch besonders krasse Sparmaßnahmen, wie etwa ihr Pendant in Berlin, aufgefallen wäre – nein, vielmehr ist es eine Art Lethargie, die die Regierungspolitik geprägt hat. Zwar mit großen Bauchschmerzen, aber am Ende doch ordnungsgemäß wurden sowohl die Hartz-Gesetze umgesetzt, als auch zig Millionen Euro für den Bush-Besuch ausgegeben, als auch der G8-Gipfel nach Deutschland, besser gesagt nach Heiligendamm bei Rostock, geholt.

Auf dringende Probleme, wie etwa Massenarbeitslosigkeit, Abwanderung oder das marode Bildungswesen, fanden die Reformsozialisten von SPD und PDS keine Antworten. Bei der Landtagswahl letzten Monat hat sich das nun gerächt: hohe Verluste bei der SPD, aber besonders und vor allem bei der PDS.

Gleichzeitig schaffte die rechtsradikale NPD den Einzug in den Schweriner Landtag – und das in einer Gegend, in der es sehr wenige MigrantInnen und nur eine unbedeutende Anzahl linker und alternativer Jugendlicher gibt. Trotz dieser fehlenden Feindbilder gelang es der NPD, sich als Protestpartei zu etablieren. Mit einer gigantischen Materialschlacht und einem biederen Auftreten wurde der Sprung in die bürgerliche Mitte geschafft.

Besonders radikale Losungen waren nicht zu finden, auch keine eindeutigen politischen Aussagen. Dümmliche, faktisch nichts aussagende Wahlkampflosungen, wie „Arbeit, Familie, Heimat" oder „Wir packen an" – die genau so gut von der CDU oder der SPD stammen könnten – bildeten das Rückrad des NPD-Wahlkampfes. Doch im Gegensatz zum restlichen bürgerlichen und reformistischen Sumpf wurde nur die NPD als Opposition wahrgenommen, was in erster Linie gegen an der Schwäche der linken Opposition gegen Rot-Rot lag. Die Ansätze für eine solche linke Opposition waren nicht wirklich ernst zu nehmen.

Niedersachsen

Auch in Niedersachsen brachten die letzten Kommunalwahlen eine massive Polarisierung mit sich. So war es der Linken in Niedersachsen möglich, ihre Sitze in den Kreistagen zu verzehnfachen. Ist diese Entwicklung für die Linke eindeutig ein Erfolg, sind die versechsfachten Mandate rechtsextremer Parteien, allen voran die der NPD, ein ernstes Problem.

In Zahlen bedeutet dies, dass die NPD 18 Mandate errungen und zusätzlich 6 NPD-Mitglieder auf Listen von Wählergemeinschaften in Gemeinden eingeschleust hat. Vor der Wahl waren es lediglich 3.

Schon Trotzki sprach in den 1930iger Jahren davon, dass die Entwicklung des politischen Spektrums einer Pyramide gleiche, auf deren Spitze man eine Kugel legen würde. Sie würde entweder nach rechts oder links rollen. Wir befinden uns heute in einer Krise, wenn nicht im gleichen Ausmaß wie in den 30ern. Hier ist eine Polarisierung unvermeidlich.

Widersprüche und Klassenunterschiede nehmen erneut massiv zu, sodass der Rückhalt der so genannten „Volksparteien" stetig sinkt. Doch woher stammt dieser Trend in Niedersachsen? Er ist eine direkte Folge aus der Unfähigkeit der großen Parteien. Allen voran aus der Unfähigkeit der SPD.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat mit ihrem Namen schon lange nichts mehr gemein, sondern hat sich bundesweit als Sozialabbau Partei Deutschlands einen Namen gemacht. Im Schafspelz der großen Arbeiterpartei hat die SPD jahrelang neoliberale Politik gedeckt oder selbst ausgeführt. Dies will ihre Basis immer weniger hinnehmen. GewerkschafterInnen sind immer weniger an ihre traditionalle Partei gebunden. Das Resultat des Verrats an der Arbeiterbewegung ist die Spaltung in ein extrem linkes und ein extrem rechtes Lager.

Der zunehmenden Radikalisierung nach Rechts muss entgegengewirkt werden. Die nächsten Termine für Widerstand gegen Faschismus und Rassenhass sind die Nazikundgebung in Göttingen und der Naziaufmarsch in Celle am 28.10.2006. Auf der Straße können wir den Aufstieg der Nazis etwas entgegensetzen.

... und gähnt...

...ern und die Abgeordnetenhauswahlen in Berlin

Die Linke

In ihrem Wahlmanifest stellte sich die WASG richtigerweise gegen die Repression durch die berühmten Berliner Prügelbullen. Aber die Schlussfolgerung daraus? Die WASG fordert eine „zivile, bürgernahe und demokratische Polizei", darüber hinaus eine "multikulturelle". Konkret sollten mehr Polizisten eingestellt werden. Von einer antikapitalistischen Perspektive – die Entwaffnung des repressiven Staatsapparats und die Bewaffnung der Unterdrückten zum Selbstschutz – war nichts zu finden.

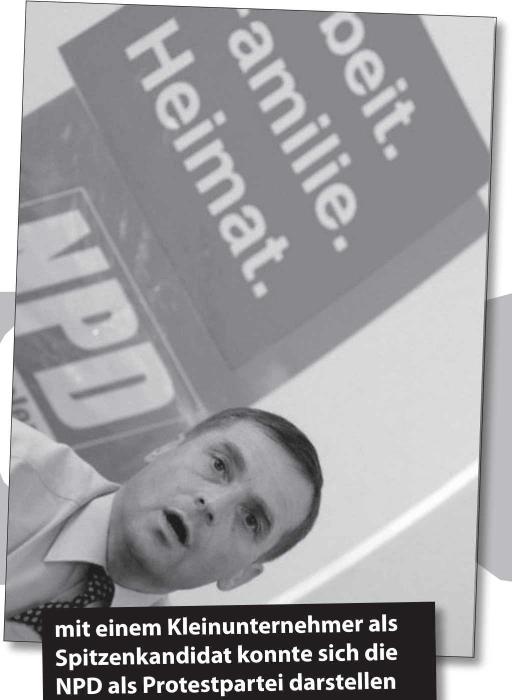
Diese Perspektive kam am besten durch den unaussprechbaren Namen „WASG" zum Ausdruck. Der Name „Wahlalternative" machte schon klar, dass dieser Partei als Gegenwehr gegen den Sozialabbau nicht viel einfiel, außer sich wählen zu lassen.

Die viel weniger radikalen, dafür radikaler klingenden „Grauen Panther" konnte wesentlich mehr Proteststimmen einsammeln (3,7%) – mit einem Namen, der ihnen das Image der Seniorenorganisation der Black Panthers gab.

Die besten Ergebnisse bekam die WASG dort, wo ihre Kandidaten als kämpferische AktivistInnen bekannt waren, etwa der Antifa-Aktivist Michael Kronawitter, der im Bezirk Friedrichshain-Kreuzberg über zehn Prozent der Stimmen bekam. Auch während des Wahlkampfes lieferten WASG-AktivistInnen solide Unterstützung für den Streik an der Charité.

Wegen der Verbindung der WASG zu verschiedenen Arbeiterkämpfen in der Hauptstadt, wegen ihrer klaren Ablehnung des Sozialabbaus, war es richtig, sie zu wählen. Aber um den Sozialabbau aufzuhalten, brauchen wir mehr als Unterstützung für soziale Kämpfe zu Wahlkampfzwecken. Wir brauchen eine Partei, die solche Kämpfe vorantreibt und mit einer antikapitalistischen Perspektive zusammenführt. Für diese Perspektive müssen AktivistInnen innerhalb der WASG (wie auch innerhalb der PDS, wie auch außerhalb) eintreten.

von Wladek aus Kreuzberg



mit einem Kleinunternehmer als Spitzenkandidat konnte sich die NPD als Protestpartei darstellen

Die Linke

Die WASG war im Wahlkampf kaum präsent. Das lag such an dem sozialdemokratischen Bundesvorstand der WASG, der nur die Fusion mit der PDS im Kopf hatte und deshalb gegen den eigenständigen Antritt war. Aber auch der Landesverband der WASG selbst trug seinen Teil für ein schlechtes Ergebnis bei: sie konnten sich nicht gerade als kämpferische Alternative darstellen.

Das lag auch an ihren Inhalten: die WASG stellte sich zwar gegen Sozialabbau, aber stattdessen forderte sie hauptsächlich eine „bessere Poltik" – wie alle anderen Parteien auch. Eine Fundamentalopposition von links ist notwendig, um den Aufstieg der NPD aufzuhalten. Gerade der G8-Gipfel im Juni 2007 bietet die Möglichkeit, linke Jugendliche auf die Straße zu bringen, zu organisieren und mit revolutionären Ideen auszustatten.

Denn auch in Siberien kann es, bekanntlich, Revolutionen geben.

von Carsten ausLIchtenberg

Die Linke

Doch die Wahl sollte eigentlich auch glücklich stimmen. Auf 126 Mandate brachten es die Linkspartei und die WASG in Niedersachsen. Theoretisch eine gute Basis, um Sozialabbaupolitik und verschärfter Ausbeutung entgegen zu wirken. Doch wenn man ehrlich ist, bringt diese Wahl, wie jede andere, am ehesten Ernüchterung. Die linken KommunalpolitikerInnen werden nicht versuchen, am System zu rütteln. Sie werden vielleicht leise Kritik äußern, wenn weitere Einschnitte in Bildungs- oder Sozialsektor anstehen. Doch letzten Endes würden sie auch, wie auch die „GenossInnen" in Berlin, sämtliche Reformen durchwinken, wenn sie an die Regierung geholt würden. Aus diesem Grunde ist es noch wichtiger als je zuvor, dass sich jeder linke Jugendliche unabhängig von etablierten Parteien organisiert und selbst aktiv wird.

Man darf sich nicht auf PolitikerInnen verlassen, die lediglich den Anspruch haben, den Kapitalismus besser zu verwalten. Denn auf diesem Wege wird jegliche antikapitalistische Ansätze durch Parteibürokratie unterdrückt werden. Eine außerparlamentarische Bewegung ist nötig, um eine Alternative zu den Reformen – und zu den falschen Alternativen der Nazis – zu entwickeln.

Wir müssen daran arbeiten, dass der Kapitalismus schlussendlich zerschlagen wird. Deshalb werden wir eine revolutionären Jugendbewegung in Niedersachsen und weltweit aufbauen.

von Sceles aus Wolfsburg



Was tun gegen Nazis?

Alle waren sie schockiert über den Wahlerfolg der NPD in Mecklenburg-Vorpommern und in einigen Berliner Bezirken. Wie aber mit den Rechten nun in den Parlamenten bzw. im Allgemeinen umgegangen werden soll, dazu haben die etablierten Parteien unterschiedliche Ansichten. Einige (CDU und FDP) wollen sie einfach faktisch ignorieren. Andere, wie SPD, Grüne und PDS, wollen den Nazis mit mehr Geld für zivilgesellschaftliche Initiativen und Anti-Rechts Programmen das Handwerk legen. Doch da stellt sich die Frage: „Lässt der Faschismus sich so einfach staatlich wegfinanzieren?"

Unsere Antwort lautet natürlich: Nein. Ein Staat, dessen „Antifaschismus" soweit geht, dass Aufnäher mit durchgestrichenem Hakenkreuz als verfassungswidrig eingestuft werden können, ist kein effektives Mittel. Bürgerinitiativen und Einzelpersonen können Erfolge haben, wenn es darum geht, rechte Strukturen vor Ort zu bekämpfen. Aber faktisch haben sie keine Einflussmöglichkeit auf gesellschaftliche Prozesse, die fremdenfeindliches, antisemitisches oder rassistisches Gedankengut immer wieder in die Bevölkerung tragen.

Nazis erstarken nicht aus Boshaftigkeit, sondern daraus, dass deklassierte Bevölkerungsteile meinen, dass ihre Interessen von rechtsradikalen Parteien vertreten würden. Es ist deshalb notwendig, eine politische Antwort zu geben und den vermeintlichen Antikapitalismus der Rechten und ihren angeblichen Kampf gegen Sozialabbau als das zu entlarven, was es ist: pure Heuchelei.

Nach Vorstellungen von NPD, DVU und Konsorten sollen alle gesellschaftlichen Widersprüche, z.B. der Widerspruch zwischen steigenden Unternehmensgewinnen und zunehmender Armut, einfach von einer übermächtigen „Volksgemeinschaft" weggezaubert werden. Konkret bedeutet das die Unterdrückung von vielen „Randgruppen" der Gesellschaft, also ArbeiterInnen, Arbeitslose, Angehörige von religiösen oder ethnischen Minderheiten, alternativ lebende Jugendliche und so weiter...

Deshalb kann eine wirklich effektive Bekämpfung der Nazis nur durch Hilfe eben jener Bevölkerungsgruppen erreicht werden. Es ist notwendig, Gewerkschaften, migrantische Gruppen, Lesben- und Schwulenverbände und linke Jugendgruppen auf die Straße zu bringen, mit dem Ziel, den Nazis entschlossen und militant entgegenzutreten.

von Carsten aus Lichtenberg



Vor 70 Jahren begann ein fas

Der Putsch der spanischen Faschisten begann am 18. Juli 1936 und endete drei Jahre später mit der Machtübernahme General Francos. Das Ziel des Aufstandes von Kapitalisten und Offizieren war es, Spanien vor dem Bolschewismus zu retten. Was passierte in den drei Jahren des Bürgerkriegs, damit die Arbeiter- und Bauernschaft trotz heftigem Kampf gegen den Faschismus unterlagen?

Die Vorgeschichte

Spanien war ein rückständiges Land. Der überwiegende Teil der spanischen Bevölkerung gehörte der Bauernschaft an. Die Industrie war kaum entwickelt und auf einige wenige Zentren in Spanien konzentriert; die Industriearbeiterklasse machte lediglich 2% der Gesammtbevölkerung aus. Doch gerade der Aufbau der spanischen Wirtschaft in Ballungszentren verhalf der Arbeiterklasse zu höherem Gewicht. Man könnte meinen, das seien schlechte Ausgangsbedingungen für eine sozialistische Revolution, aber es waren gesellschaftlich nahezu die gleichen Verhältnissen wie die in Russland zur Revolution.

Der Kampf der unteren Schichten gegen die Herrschaft begann in Spanien schon fünf Jahre zuvor. 1931 trat König Alfonso XIII wegen starken Protesten der ArbeiterInnen und BauerInnen ab. Es wurde die spanische Republik proklamiert.

Doch schnell zeigte sich, das diese bürgerliche Republik nicht im Stande war, die Probleme der Bevölkerung zu lösen. Das hieß, dass die Macht der katholischen Kirche nicht eingeschränkt wurde, die Offizierskaste (die während der vielen Staatsstreiche ab der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts herangereift war) behielt ihre absolute Herrschaft über die Armee, die ungerechte Landverteilung wurde nicht angetastet und die Kolonie Nordwest-Marokko blieb weiter unter der Knute von Nationalgarde und Söldnern, und damit eine Brutstätte der Reaktion. Das Streikrecht schränkte man bis aufs Äußerste ein und die gewählten Regierungen konnten vom Präsidenten jederzeit aufgelöst oder mit diktatorischen Mitteln ausgestattet werden. Alles in allem wurde nur der König gegen die parlamentarische Regierung ausgetauscht – der Staat mit seinem Gewaltapparat blieb derselbe.

Die Volksfront

Nach dieser ersten großen Enttäuschung konnten bei den folgenden Wahlen im Jahr 1933 die rechtsrepublikanischen und reaktionären Kräfte die Mehrheit erlangen und eine Regierung bilden. Aufgrund des Fehlens einer Massenbasis verzichteten die klerikalfschistische CEDA unter Gil Robles vorerst auf Ministerposten.

Es brodelte seit der Machtübernahme der Nationalsozialisten in Deutschland vor allem auch in der spanischen Sozialdemokratie. Ein immer größer werdender linksradikaler Flügel entstand, getragen von der Sozialistischen Jugend. Dieser bildete eine Antifaschistische Allianz. Erst aufgrund von Druck durch die Kommunistische Partei, die vollständig von der stalinistischen Bürokratie in Russland kontrolliert wurde, bildete sich die "Volksfront", ein Wahlbündnis zwischen Arbeiterorganisationen und "fortschrittlichen" Parteien des Bürgertums. Um diese bürgerlichen Verbündeten nicht zu verschrecken, bekannte sich die Volksfront zum Privateigentum.

In ihrem Handlungsspielraum nun sehr eingeschränkt, beschloss die CEDA trotz aller Drohungen in die Regierung einzutreten. Der darauf folgende Generalstreik, wenn auch letztendes niedergeschlagen, machte klar, dass sich dieses Kabinett nicht mehr lange halten konnte. Gil Robles nutzte die verbleibende Zeit als Verteidigungsminister, Militäranlagen inmitten Spaniens zu errichten, um den sich abzeichnenden Militärputsch zu unterstützen.

Die anarchistische Gewerkschaft CNT, die vor allem in den Industriegebieten wie Katalonien extrem stark war, kam dermaßen in Bedrängnis, dass sie auf ihren traditionellen Aufruf zum Wahlboykott verzichtete, was als ein Wahlaufruf für die Volksfront verstanden wurde.

Mit Ministern der KP, der Sozialisten und etlichen linksbürgerlichen Parteien, und indirekt unterstützt von CNT und POUM (einer Einheitspartei aus Ex-TrotzkistInnen und rechten KommunistInnen), gewann die Volksfront die Wahlen. Ihr Regierungsprogramm war jedoch dasselbe wie das der Regierung 1931-33. Alles wurde beim alten belassen. Die enttäuschte


niemand ist zu jung für den Kampf gegen den Faschismus!

Bauernschaft schritt mancherorts selbst zur Tat, um das durchzusetzen, was die Volksfront versprochen hatte aber nicht umsetzen konnte: sie begannen, Pfaffen zu vertreiben und Kirchen – die Symbole geistiger Knechtschaft – niederzubrennen. Die Regierung stellte sich jedoch sogleich auf die Seite der Herrschenden und entsendete Einheiten der Guardia Civil, der paramilitärichen Polizei Spaniens, um die Bauernschaft zur Ruhe zu bringen. Die Protestwelle auf dem Land und in der Stadt nahm immer größere, bald revolutionäre Ausmaße an und drohte, soweit zu wachsen, dass sie die Republik einfach hinwegspülen würde.

Schnell wurde der Kapitalisenklasse bewusst, dass sie handeln muss.

Der Putsch

Am 17. Juli lag der Volksfrontregierung das Manifest Francos vor und am 18. begann der Putsch. Die ganze Spanische Armee stellte sich auf die Seite der Faschisten. Die Einzigen in Spanien, die nichts zu begreifen schienen, war das Regierungskabinett, das lediglich seine Freude über die Solidaritätsbekundungen der Arbeiterorganisationen ausdrückte und zur Fortsetzung des Alltagslebens aufrief. Die Arbeiterschaft hingegen war nicht so schwer von Begriff. In Katalonien begannen Proletarier, nur mit Küchenmesser und Benzin bewaffnet, Kasernen zu belagern. In Madrid baute die sich radikalisierende Sozialistische Jugend Barikaden auf und in Asturien machten sich über 2000 BergarbeiterInnen bereit, mit Dynamit bewaffnet in die Hauptstadt zu ziehen um diese vor dem Faschismus zu bewahren.

Durch spontane Kämpfe der ArbeiterInnen konnten die Aufstände in fast allen Teilen Spaniens niedergeschlagen werden. In Katalonien begannen CNT und POUM mit dem Aufbau von Milizen und die Anarchisten beriefen das Zentralkommitee der antifaschistischen Milizen ein, das de facto die Macht in Katalonien übernahm. Zusammengesetzt war dieses aus fünf AnarchistInnen, zwei SozialdemokratInnen, einem POUM-Mitglied, einem Stalinist und noch einem Vertreter der linksbürgerlichen Bauernunion.

Dieses Komitee stellte sich hinter die Aktivität der Arbeiterschaft, die nun daran ging die Betriebe selbst zu verwalten. Es wurde ein Wirtschaftsrat einberufen, der die proletarische, also kollektive Wirtschaft etablierte. So wurden z.B. Arbeitslose in ihre alten Betrieb eingestellt, das Land wurde aufgeteilt und kollektiv bearbeitet und die Nahrungsmittelvergabe kontrolliert. Diese Art der Wirtschaft zeigte in Katalonien ihre Überlegenheit so deutlich, dass während des Bürgerkriegs (also während immer weniger ArbeiterInnen da waren, um zu produzieren) Löhne erhöht, teilweise die Arbeitszeit gar verkürzt und der Hunger total ausgerottet werden konnte. Wenn Milizen Dörfer befreiten, wurde das Land aufgeteilt oder kollektiviert und die Schuldscheine verbrannt. Vielerorts wurden die Kirchen nun als Lagerhäuser oder Schulen benutzt.

Doch sollten die Komitees dem spanischen Proletariat bald zum Verhängnis werden. Denn sie waren keine von den ArbeiterInnen kontrollierten Räte und als sich die Arbeiterorganisationen der Volksfront und damit der Konterrevolution unterordneten, lösten sich die Komitees schlichtweg auf und ließen das Proletariat im Regen stehen.

Der Wolf im Schafspelz

Der revolutionären Entwicklung standen einige Interessensgruppen gegenüber. Die stalinistische Sowjetunion konnte eine sozialistische Revolution in Spanien nicht dulden: sie erhoffte sich ein Bündnis mit Frankreich und England im kommenden Weltkrieg. Die quasi bedeutungslose spanische KP wurde deshalb mit Geld aus Russland aufgepumpt und ihr wurde befohlen in Katalonien mit der sozialdemokratischen PSOE zusammenzugehen. Durch den Zwangszusammenschluss zwischen der großen sozialistischen Jugend und der viel kleineren stalinistischen Jugend bekam die Sowjetunion die Chance, diese durch den Einkauf ihrer Führung

panische Revolution

schistischer Militärputsch, aber auch ein revolutionärer Aufstand

unter Kontrolle zu bringen und ihre Radikalisierung zu stoppen.

Zugleich verschaffte sich Sowjetrussland eine ungeheure Machtposition, indem es als einziges Land Waffen an Spanien verkaufte. So gewannen die Stalinisten die Möglichkeit, sich als UnterstützterInnen der Revolution darzustellen und anderseits immer mehr Druck auszuüben. Die Waffen und Munition waren alt und wurden nur in Schüben geliefert sodass nie eine Generaloffensive möglich wurde. An die Frontabschnitte, wo anarchistische oder POUM-Milizen kämpften, wurden erst gar keine Waffen geliefert. Agenten des sowjetischen Geheimdienstes GPU strömten ins Land, die mit der Errichtung von Folterzentren für gefährliche POUM- und CNT-AktivistInnen ihre Arbeit aufnahmen.

Die zweite Gruppe, die aus natürlichem Interesse nur gegen eine revolutionäre Entwicklung sein konnte, war das Bürgertum und ihre bürgerlichen Parteien in der Volksfront. Die Republik ist für sie stets der vorteilhafteste Staat, da er dem Bürgertum Privateigentum an Produktionsmitteln und eine relativ freie und verschleierte Ausbeutung zusichert – der Faschismus hingegen ist nur das letzte Mittel im Kampf gegen die Arbeiterklasse und die Revolution.

Die Konterrevolution

So wurde POUM und CNT vorgeworfen, durch ihre Positionen das Volksfrontbündnis zu zerstören und die spanische Republik vollkommen von den „Demokratien" Frankreich und England zu isolieren. Von der Volksfrontallianz gedrängt, trat die POUM und die CNT in die schon so gut wie entmachtete katalanische bzw. gesamtspanische Regierung ein (damit wehrte sich die POUM gegen die schlimmste aller stalinisischen Beschuldigungen, sie sei trotzkistisch, denn TrotzkistInnen würde nie einer bürgerlichen Regierung beitreten).

Dieser Regierungsbeitritt verhalf den konterrevolutionären Kräften nun, ihren Staatsapparat wieder aufzubauen. Dem kämpferische Proletariat fehlte nun die Organisation, welche ihre revolutionären Organe wie Fabrikräte, Bauernräte, Milizkomitees usw. aufrechterhalten und aufbauen konnte. Von ihren Führungen verraten, konnte die Konterrevolution nun in die Offensive gehen. Zuerst wollte man das aufgeregte Bürgertum durch die Rückgabe kollektivierte Ländereien und Betriebe an die alten Besitzer wieder beruhigen. Gleichzeitig wurde der Kampf gegen die Arbeiterpresse aufgenommen indem man die Zensur vorantrieb, für welche ein Ministerium unter CNT-Führung zuständig war.

Schwerer war es, der Bewaffnung des Proletariats ein Ende zu machen. Die Regierung verbat jetzt den Besitz und das Tragen von Waffen, und so kam es in Barcelona dazu, dass die bürgerliche Polizei die Arbeitermilizen, diese aber wiederum auch die Polizei entwaffnete, wo immer eine Partei die Überhand hatte.

Die absehbare Zuspitzung dieses Konflikts folgte im Mai 1937. Nach dem fehlgeschlagenen Versuch von Guardia Civil, das von der CNT besetzte und verwaltete Telefonhaus zu stürmen, begannen die Gefechte zwischen Arbeitermilizen und Polizei. Barrikaden wurden errichtet und die Arbeiterviertel von der Polizei befreit. Nur noch die CNT-Führung konnte helfen und half der Konterrevolution ihre eigenen Milizen zu besänftigen. Schließlich kam es zur Vereinbarung, dass beide Seiten die Waffen niederlegen sollten. Nach dem Einreißen der Arbeiter-Barrikaden wurde das Telephonhaus, das Symbol der CNT-Macht in Barcelona, von der Guardia Civil besetzt und die Quartiere von CNT und POUM gestürmt. Es folgten Massenverhaftungen und Erschießungen. 500 Tote und unzählige Verwundete und Gefangene war das Ergebnis der „Maitage".

Das Ende der Linken

Nachdem die POUM- und die CNT-Führungen ihren Job in der Regierung getan hatten, nämlich die Kraft des Proletariats zu brechen, wurden sie, wie die linken SozialistInnenen, aus der Regierung geschmissen und es bildete sich ein neues Kabinett. Dieses bestand nur noch aus Stalinisten, rechten Sozialdemokraten und Bürgerlichen. Der Propagandafeldzug gegen die POUM – mit solch absurden Vorwürfen wie sie würde mit den Faschisten unter einer Decke stecken – wurde verstärkt. Mit neuen Gesetzen und wütenden Anschuldigungen wurde die Festnahme der POUM-Führung und die Zerschlagung der ganzen Organisation gerechtfertigt und durchgeführt. Auch die CNT und vor allem ihre Presse wurden weiter unterdrückt.

Viele ProletarierInnen werden sich zu recht gefragt haben, ob es überhaupt einen Unterschied zwischen dieser Republik – mit all ihrem Polizeiterror, Verboten und GPU-Agenten – und einem faschistischen Staat gäbe.

Der Sieg der Faschisten

Zwar gab es gerade zu Anfang des Bürgerkriegs aussichtsreiche Chancen, Franco aufzuhalten. Doch sind die Gründe für die Niederlage der Republik schnell genannt: so die bekannte Unterstützung der Faschisten von Deutschland und Italien, welche die Armee mit neuster Waffentechnik und Soldaten verstärkte; die Kämpfe der Regierung gegen die Arbeiterschaft, die ungeheuer viel Moral und auch militärische Kraft kosteten; zuletzt noch das Bündnis mit dem Bürgertum, welches auch noch dazu führte das viele Städte kampflos aufgegeben wurden. Denn die Besitzer und Ausbeuter unter den „Antifaschisten" wollten um jeden Preis vermeiden, dass ihr Besitz bei einer Belagerung möglicherweise zerstört werden würde. Auch haben Kapitalisten nie das gleiche Interesse gegen den Faschismus zu kämpfen wie die ArbeiterInnen. Sie können immer noch hoffen, ihren Besitz zu behalten, nachdem der Faschismus die Macht ergriffen hat. Für das Proletariat hingegen heißt Faschismus Elend, Terror und Tod und keinerlei Interessensvertretung ihrer Klasse.

Anfang 1939 rückten die Faschisten dann in Katalonien ein und eroberten Barcelona ohne weitere Probleme - die größten Kämpfer gegen den Faschismus waren schon vorher gefallen, durch die Klinge der bürgerlich-stalinistischen Republik.

Die Möglichkeiten der Revolution

Die beginnende Revolution hatte gute Ansätze und alle Möglichkeiten. Doch durch den Verrat am Proletariat durch die Führung seiner Organisationen war sie zum Scheitern verurteilt. Die Angst vor der Isolation von England und Frankreich, an deren Intervention noch viele bis kurz vor Francos Sieg gehofft hatten, war offensichtlich Schwachsinn. Die beiden „Demokratien" hatten gar nicht vor, eine so schwache Republik zu unterstützen, die keine Basis in der Bevölkerung haben konnte. Viel eher nahmen sie Verhandlungen mit Franco auf und noch vor dem faschistischen Sieg konnten sich die Regierungen von Frankreich und England sicher sein, dass Spanien im kommenden Weltkrieg neutral bliebe.

Die POUM, anstatt zu versuchen, dem Proletariat den revolutionären Weg zu weisen und sich an seine Spitze zu stellen, schmiss Mitglieder, die für sich für Revolution und Rätemacht aussprachen, zu welcher es gerade mit den selbstverwaltenden Betrieben Kataloniens und den Bauernkollektiven freilich Ansätze gegeben hatte, aus der Organisation. Viele dieser Individuen schloßen sich daraufhin als Bolschewiki-Leninisten, also Anhänger der Vierten Internationale aka Trotzkisten, zusammen, konnten aber nicht mehr viel Einfluss gewinnen.

Was in Spanien gefehlt hat, war eine Organisation die die Revolution vorantreibt und dem Proletariat eine Perspektive eröffnet für die es sich zu kämpfen lohnen würde. Solch eine Organisation, die den Kampf gegen den Faschismus mit dem Kampf für die Revolution verbindet, brauchen wir auch heute.

von Joss aus Kreuzberg



„Unsere Jungs“

Deutsche Soldaten tauchen in immer mehr Ländern auf...

Insgesamt 2400 Bundeswehr-Soldaten hat die deutsche Regierung im Rahmen einer UN-„Schutztruppe“ in den Libanon geschickt und dort stationiert. Das Ziel: „den Frieden sichern“. Natürlich. Was das bedeutet, wurde uns in der Vergangenheit zur Genüge vor Augen geführt: Immer wieder folgten auf militärische Aggressionen der reichen Industriestaaten solche „Friedensmissionen“, z.B. in Afghanistan, um die strategische Stellung der imperialistischen Mächte im Nahen Osten und Zentralasien zu verbessern.

Jetzt war es das vom Westen massiv unterstützte Israel, welches den halben Libanon in Schutt und Asche legte. Während Merkel und Co. die gezielten Militäraktionen Israels gegen zivile Ziele stillschweigend hinnahmen, bemühen sie sich jetzt, Neutralität und ein ernsthaftes Interesse am Frieden vorzutäuschen.

In Wirklichkeit...

ist der Staat Israel nur ein Außenposten des US-Imperialismus, von dem aus es möglich ist, die Rohstoffe des Nahen Ostens zu kontrollieren und Militärschläge durchzuführen. Nach dem Versagen der Invasion im Libanon, die die strategische Stellung gegenüber Syrien und dem Iran verbessern sollte, geht es nun um Schadensbegrenzung. Die Guerilla der radikalislamischen Hisbollah, der es gelang, den israelischen Angriff zurückzuschlagen, soll nun entwaffnet werden, damit bei der nächsten Invasion die gesteckten Ziele erreicht werden können. Deutschland übernimmt hierbei die Führung der Seestreitkräfte vor der libanesischen Küste, um den Waffennachschub der Hisbollah stören zu können.

An Israel aber werden weiterhin modernste Waffensysteme geliefert. Aus Deutschland kamen noch kurz vor Kriegsbeginn U-Boote nach Israel, und die USA stellten während des Krieges den Waffennachschub sicher. Die neue militärische Sperrzone liegt in libanesischem Gebiet, obwohl es keine libanesische Kampfjets waren, die Flüchtlingskolonnen gezielt unter Beschuss nahmen. Es ist nur allzu offensichtlich, bei wem hier die Sympathien der westlichen Staaten liegen.

Die UNO...

legitimiert den „Friedenseinsatz“ völkerrechtlich. Sie offenbart sich so als ein Instrument der imperialistischen Mächte gegen die arabische Welt. Mit Frankreich, den USA, Großbritannien, China und Russland sitzen fünf ständige, vetoberechtigte Staaten im UN-Sicherheitsrat, die allesamt Ambitionen haben, ihren Machtbereich zu vergrößern. Die USA verhinderten gleich mehrmals Resolutionen, die den völkerrechtswidrigen Krieg Israels verurteilten.

Die Meinung, Kriege wären in Ordnung, solange es ein UN-Mandat gibt ist haarsträubend, denn UN-Mandate sind lediglich eine öffentliche Legitimierung für die Maßnahmen der „Großen“ für Rohstoffe oder strategische Interessen. Jeder militärische Widerstand gegen Angriffskriege, auch gegen UN-Kriege, ist legitim. Das heißt aber nicht, dass man die massive Kritik an den reaktionären (oft frauenfeindlichen, antisemitischen, antisozialistischen) Kräften, die diesen Widerstand meistens anführen, fallen lassen soll.

Unser Hauptfeind...

heißt nicht Hisbollah. „Entschieden für den Frieden“ so wird uns ins Gesicht gelogen, der „Arbeitgeber Bundeswehr“ will uns für den Dienst fürs Vaterland, bzw. dessen Konzerne ködern. Etwa 7.700 Bundeswehr-Soldaten sind schon in neun fremden Ländern stationiert. Der „Exportweltmeister“ BRD exportiert auch Kriege.

Antimilitarismus ist ein Thema, dem gerade wir Jugendlichen uns stellen müssen – es sind unsere AltersgenossInnen, die für Staat und Kapital wortwörtlich über den Jordan gehen. Die internationale revolutionäre Jugendbewegung hat eine lange antimilitaristische Tradition. Sie fortzuführen, sind wir verpflichtet.

von Bartholomäus aus Bernau

Unsere Konferenz

Auch KommunistInnen können demokratisch arbeiten...

Wenn man sich vorgenommen hat, in ein Parlament einzuziehen und seine Brötchen (bzw. Sahnetörtchen und Strandhäuser) fortan damit zu verdienen, reicht es, ein paar Plakate aufzuhängen. Aber möchte man stattdessen das gesamte kapitalistische System stürzen, so ist einiges mehr an Einsatz gefragt.

Um eben diesem Ziel ein klein wenig näher zu kommen, fand am 7./8. Oktober in Berlin eine REVOLUTION-Doppelkonferenz statt. Zusätzlich zur dritten bundesweiten Konferenz der unabhängigen kommunistischen Jugendorganisation REVOLUTION, gab es auch die erste Konferenz der neuen internationalen Tendenz „Independent Revolution" (kurz: iRevo).

Dementsprechend waren unter den 20 Anwesenden nicht nur AktivistInnen der Ortsgruppen Bernau, Berlin und Wolfsburg sondern auch AktivistInnen von den Revo-Gruppen in Tschechien und der Schweiz, sowie ein Gast aus England.

Der erste Tag wurde fast vollständig iRevo gewidmet. Es wurde festgestellt, dass die Gründung dieser unabhängigen Tendenz ein notwendiger Schritt war, um der Bevormundung unserer Organisation durch unsere ehemalige Mutterorganisation, die LFI, entgegenzutreten.

Rausschmiss

Die LFI-Führung, über ihre Fraktion in Revo, machte im Vorfeld der Konferenz klar, dass sie niemanden in ihrer „unabhängigen" Jugendorganisation dulden würde, die nicht alle ihre Direktiven akzeptiert. Auf dieses Ultimatum antworteten wir, das Revo eine unabhängige Jugendorganisation bleibt und diese LFI-Entscheidungen (wie früher den Rausschmiss von Revo Australien, weil diese Gruppe auch nicht von der LFI kontrolliert werden konnte) nicht akzeptieren.

Nun bleiben in den LFI-Revo-Strukturen fast nur noch LFI-Mitglieder – selbst der Schein von Eigenständigkeit ist über Bord geworfen worden, um die vollständige Kontrolle durch die LFI-Führung zu sichern.

Deshalb muss iRevo, zumindest bis die LFI diese Haltung ändert, als eigene Tendenz funktionieren Aus diesem Grund wurde die iRevo-Koordinierung gestärkt, die vorerst aus einem/r stimmberechtigten Vertreter/in jeder iRevo-Sektion bestehen soll.

Außerdem wurden die politischen Differenzen zwischen der LFI und ihrer jüngsten Abspaltung PR (Permanent Revolution) auseinandergenommen. Die LFI hatte die interne Diskussion, die sich über zwei Jahre hinzog und letztendlich zur Spaltung führte, vor uns verborgen – aus „Sicherheits"gründen, wie es in ihren internen Dokumenten hieß. Nun muss die Diskussion nochmal bei Revo wiederholt werden.

Weitere Themen am Samstag waren ebenfalls internationale Fragen, wie die europaweite Mobilisierung zu den Anti-G8-Protesten 2007 in Mecklenburg-Vorpommern, die Kampagne für den gefangenen slowakischen Antifaschistischen Mário Bango, die Einschätzung der „Neuen Linken" in Deutschland und die Kriege des Imperialismus im Nahen Osten.

Da der/die durchschnittliche Revo-Konferenzteilnehmer/in sich von der harten Arbeit auch angemessen erholen will, gab es im Anschluss an das Tagesprogramm (das sich letztlich sogar bis nach 20 Uhr erstreckte) eine After-Conference-Party. Aber wer dachte, hier die Politik entkommen zu können, wurde enttäuscht, denn die Diskussionen und die linke Musik gingen bis spät in die Nacht.

Hard Work

Beim zweiten Konferenztag wurde alles, was die deutsche Sektion betrifft, besprochen: Es wurde Bilanz gezogen über erfolgreiche Aktionen wie den berliner Schülerstreik und über negative Aspekte, wie Austritte in letzter Zeit, von denen viele auf den demoralisierenden „Sektenkrieg" mit der LFI zurückzuführen sind. Auf dieser Grundlage wurden dann die mittelfristigen Perspektiven für REVO/DE zusammengestellt. Neben der Konzentration auf die Anti-G8-Mobilisierung wäre hier noch die Weiterführung der Schülerproteste nach dem Schulstreik und die Mobilisierung zu den wichtigsten Sozialprotesten zu nennen.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Konferenz ist die Neustrukurierung der bundesweiten Revo-Leitung. Sie besteht jetzt aus mindestens einem Mitglied jeder Ortsgruppe, so dass sie nicht Gefahr läuft, einzelne OGs aus dem Auge zu verlieren oder sie gar zu vernachlässigen. Gleichzeitig wurde ein neues Statut für die Gruppe diskutiert und beschlossen.

Amüsant war wieder die LFI und ihre deutsche Sektion, GAM. Zwei GAM-Mitglieder, die vor kurzem aus REVOLUTION ausgeschlossen werden mussten, da aus ihren internen Dokumenten hervorging, dass sie die restliche Mitgliedschaft systematisch belogen hatten, sollten auf der Konferenz eigentlich die Chance bekommen, gegen ihren Ausschluss zu protestieren. Da sie letzteren unter anderem als „bürokratisch" und „undemokratisch" bezeichnet hatten, hätte man davon ausgehen können, dass sie ihre Chance nutzen und die Basis der Organisation von der Unrechtmäßigkeit der Entscheidung der „stalinistischen Bürokratie" in Revo Germany zu überzeugen versuchen – getan haben sie dies allerdings nicht, denn sie wussten, dass diese Entscheidung von der gesamten Gruppe getroffen wurde. Ihre Verleumdungen glauben sie also nicht mal selbst.

Allerdings gab es auch ohne diese internen Streitigkeiten genug zu besprechen und zu diskutieren. Die nächste Revo-Konferenz findet dann in spätestens einem Jahr statt – es sei denn näturlich, wir leben dann bereits in einer weltweiten klassenlosen Gesellschaft.

von Tom aus Bernau

Ihr kriegt meine Unabhängigkeit, wenn ihr sie aus meinen kalten, toten Händen zerrt.

Organize

REVOLUTION ist eine internationale kommunistische Jugendorganisation. Wir kämpfen gegen Krieg, Sozialabbau, Ausbeutung, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Sexismus, Faschismus, Umweltzerstörung – aber vor allem gegen die Ursache dieser Probleme: den globalen Kapitalismus. Zusammen mit GenossInnen auf der ganzen Welt treten wir für eine World Revolution ein. Willst du mitkämpfen? Schick uns eine Mail oder schau einfach mal vorbei!

Revo Berlin

Treffen: Café Rojo – siehe Seite 2
berlin@revolution.de.com

Revo Bernau

Treffen: im Dosto – Termin erfragen
☛ www.revolution-bernau.de.vu
bernau@revolution.de.com

Revo Wolfsburg

Treffen: jeden Donnerstag um 17 Uhr
Jugendhaus Ost, Walter-Flex Weg 2
☛ www.revolution-wolfsburg.de.vu
wolfsburg@revolution.de.com

Revo Weltweit

Unabhängige ☛ www.iRevo.int.tc
CH ☛ www.revo.ch.tc
CZ ☛ revo.revoluce.info
AU ☛ www.revo.au.tt

„Partei"jugend ☛ www.worldrevolution.info
UK ☛ www.worldrevolution.org.uk
SE ☛ www.revolution.se
AT ☛ www.revolution-austria.at

V.i.S.d.P.: R. Müller, Hamburg



Unabhängigkeits-erklärungen

mit Texten von Liebknecht, Lenin, Trotzki usw.



Der Weg zur Revolution

Manifest von Revo



Do It Yourself!

Eine REVOLUTION-Gruppe vor Ort selber aufbauen.

Forum

Willst du diskutieren? Dann besuche das REVOLUTION-Forum:
☛ forum.revolution.de.com



Zeitung der Jugendgruppe
Konterrevolution

Habt Angst!

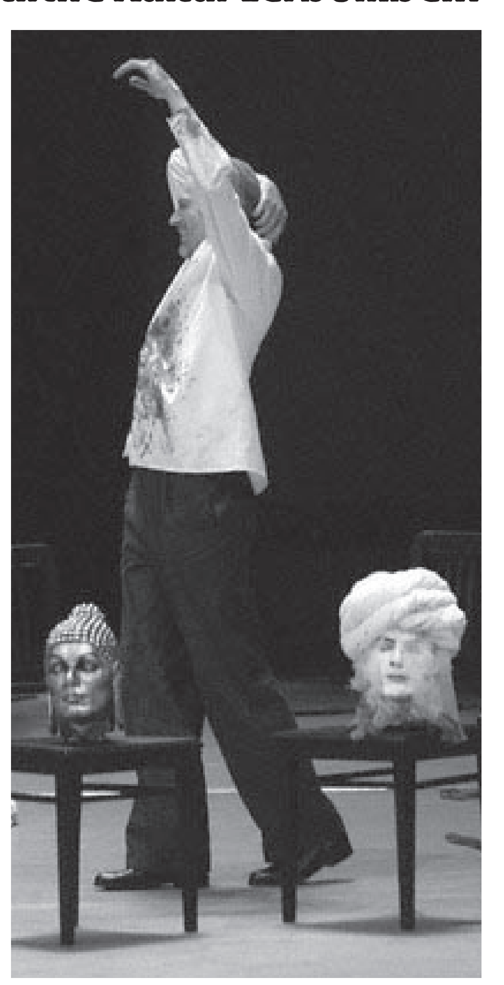
Islamisten wollen die westliche Kultur zerbomben!

Wenn in einer Oper die Köpfe diverser religiöser Führer rollen, dann muss man Angst haben. Aber nur, wenn neben Jesus, Buddha und Poseidon auch Mohammed geköpft wird. Denn Muslime, so befürchtete Kirsten Harms, Intendantin der Deutschen Oper Berlin, verstehen so etwas nicht, werden böse und reagieren mit Sprengung des Saals. Deshalb hatte Innensenator Erhart Körting sie gewarnt die Oper „Idomeneo“ aufzuführen, indem er extra aus dem Urlaub anrief. Um die Gefahr vor den unberechenbaren Islamisten zu bannen, hat Harms veranlasst, dass die Oper abgesetzt wird, obwohl laut Polizei eine konkrete Gefährdung nicht anzunehmen sei. Aber man weiß ja nie, wie diese heißblütigen Fanatiker reagieren; hat sich doch schon bei den Mohammed-Karikaturen und den Ausführungen unseres Papstes gezeigt, dass die keinen Humor haben.

Die Absetzung der Mozart-Oper „Idomeneo“ von Regisseur Hans Neuenfels hat laute Proteste ausgelöst. Zum einen von denjenigen, wie Peter Ramsauer, die sie als „pure Feigheit“ werten, zum anderen von vielen, die befürchten, dass die Freiheit der Kunst gefährdet sei. So fand zum Beispiel auch Angela Merkel, „dass Selbstzensur uns nicht weiter hilft gegenüber gewaltbereiten Menschen, die im Namen des Islamismus Gewalt üben wollen“. Auch CDU-Kulturexperte Wolfgang Börnsen wertet die Absetzung als „Kniefall vor radikalen Muslimen“ und im Focus-Online Forum häufen sich die Klagen über die „islamische Leitkultur“, die uns sicherlich innerhalb der nächsten Wochen auch zwingen wird, unser liebes Schweinefleisch zu verdammen und den Frauen Burkas anzuziehen. Das können wir nach Meinung eines Forum-Beitrags nur verhindern indem wir diese „Irren“, die unsere „Todfeinde“ sind, weil sie finden, dass wir die falsche Religion haben, schleunigst des Landes verweisen und bekämpfen.

Seltsamerweise haben sich die gefürchteten Islamisten bislang bedeckt gehalten und - ganz gegen ihre sonstige Art –noch nichts in die Luft gesprengt, ja nicht einmal damit gedroht. Das muss man aber erfahrungsgemäß als Ruhe vor dem Sturm bewerten.

Einige linke Spinner, die sich ja nie trauen, Ausländer zu kritisieren, finden, dass es sich bei der



Debatte um die Projektion des eigenen Missfallens der anti-religiösen Inszenierung auf die Muslime handelt, zwecks Steigerung rassistischer Gefühle. Zugegeben, es gab bei der Premiere 2003 ein bisschen Tumult im Zuschauerraum und viele Leute fanden das Köpfen geschmacklos, aber trotzdem: Man muss so was doch zeigen dürfen! Kunst ist Kunst und frei, auch wenn sie niemandem gefällt. (Außer wenn sie den Tatbestand der Blasphemie erfüllt, in dem sie unseren Herren und Erlöser Jesus Christus beleidigt.)

Darum müssen wir uns gegen die Beschneidung unserer Lebensqualität durch die Islamisten wehren, wir müssen sie loswerden, bevor sie uns alle umbringen!

von Enitnemelc Enimlehliw , BLÖD

Friedensbewegung tritt in Aktion!

Am 9. Oktober hat Nordkorea eine Atombombe getestet. Jetzt hat das kleine kommunistische Land – in dem die Menschen nach den Grundsätzen von Marx und Lenin unterdrückt werden und hungern – Atomwaffen! Das darf nicht sein! Nur Länder, die ihre Anständigkeit bewiesen haben, dürfen solche gefährliche Waffen besitzen. Länder wie die USA, wie Großbritannien, Frankreich, Russland, China, Indien, Pakistan und Israel – also alles Länder, die niemals Krieg führen würden.

Bekannte Gegner von Atomwaffen wie George Bush (12.000 Sprengköpfe) und Wladimir Putin (16.000 Sprengköpfe) haben die nordkoreanische Reigerung zum Verzicht auf die Bombe aufgerufen.

Der Irak-Krieg hat es doch endgültig bewiesen: wenn ein Land auf Massenvernichtungswaffen verzichtet, braucht es keine Angst vor einer Invasion zu haben. Nur weil die irakische Regierung auf sein Nuklearwaffenprogramm bestanden hat, musste das Land angegriffen und besetzt werden.

Die irakischen Massenvernichtungswaffen, die offizielle Begründung für den Krieg, sind in den 42 Monaten nach der Invasion nicht gefunden worden, könnten aber jeden Tag auftauchen. Informationen darüber lagen jedoch bis zum Redaktionsschluss von BLÖD nicht vor.

von Kedalw, BLÖD-Reaktion-Redaktion



8.000 Schüler-Chaoten in Berlin treten in den Streik! Seiten 4

Hippie-Chaoten protestieren gegen unsere Jungs auf hoher See! Seite 10

Kommi-Chaoten organisieren sich! Seite 11